

Zu den beiden Volksinitiativen für Abrüstung und für ein Waffenausfuhrverbot .

## **Wer Frieden will, darf kein Kriegsmaterial exportieren**

Die Zeit ist reif für beide: für die Volksinitiative für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik (Abrüstungsinitiative) und für die Volksinitiative für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr (Waffenausfuhrverbot). Beide sind politisch höchst aktuell. Das Waffenausfuhrverbot ist die naheliegende, auch international getragene Antwort auf die jahrelange massive Aufrüstung des Mittleren Ostens, die zwangsläufig zum verheerenden Golfkrieg führen musste. Und die Abrüstungsinitiative verlangt massiv weniger Geld für die heute überrüstete Schweizer Armee.

Die Schweizer Waffenausfuhr hat in den letzten 20 Jahren immer wieder Staub aufgewirbelt. Vor der Abstimmung über die letzte Waffenausfuhrverbotsinitiative hat der Bundesrat im Zusammenhang mit dem 1971 vom Parlament als indirekten Gegenvorschlag beschlossenen Kriegsmaterialgesetz viele Versprechungen gemacht. Das Volk musste nach dem Bührle-Skandal 1968 (illegale Waffenlieferung u. a. nach Nigeria, Israel, Saudi-Arabien) beschwichtigt werden. 49 Prozent der Stimmenden haben 1972 der Initiative zugestimmt. Der Schock über die nur knappe Mehrheit war bei der Landesregierung aber nur von kurzer Dauer und die gemachten Versprechen schnell vergessen. Seither ist die Waffenausfuhrpolitik des Bundesrates ein einziges Trauerspiel. Sie hat den humanitären Ruf der Schweiz geschädigt.

Das gesetzliche Verbot der Waffenausfuhr in Spannungsgebiete und in Länder, die die Menschenrechte missachten, hat die Landesregierung nie ernst genommen. Der Iran unter Schah Reza Pahlewi war der Hauptkunde Bührles in den siebziger Jahren. In den achtziger Jahren folgten ihm Saudi-Arabien und die Türkei. Sie alle, wie auch viele andere Käuferländer der „Dritten Welt“, waren schon zur Lieferzeit Spannungsgebiete, wie die nachfolgenden Kriege beweisen. Wo der Bundesrat dennoch Ausfuhren verboten hat, wussten Schweizer Unternehmen die Verbote mit Umgehungsgeschäften zu unterlaufen. Die bekanntesten Beispiele sind die Bührle-Lieferungen an das Khomeini- Regime über italienische Tochterfirmen, die SIG-Sturmgewehre via Elsass an den Libanon oder die Mowag-Piranha-Schützenpanzer via Kanada an Saudi-Arabien und deren Lizenz-Produktion im Chile Pinochets.

Ein weiteres Thema ist die Ausfuhr von „zivilen“ Gütern, die der Erwerber zu kriegstechnischen Zwecken verwendet: neben wichtigen Bestandteilen, wie Aluprofilen für Geschosse, sind besonders die Pilatus- und Bravo-Leichtflugzeuge zu erwähnen. Trotz einer Petition der Dritte-Welt-Läden, trotz nachgewiesenen Kampfeinsatz gegen Guerillabewegungen und in jüngster Zeit gegen die Kurden im Irak unterstellte der Bundesrat die Flugzeuge nie dem Kriegsmaterialgesetz.

Die Schweizer Waffenausfuhrpraxis ist ein grosser Skandal. Seit der letzten Abstimmung 1972 hat die Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot (ARW) als Folgeorganisation des Initiativkomitees Affäre um Affäre aufgedeckt. Parlamentarische Vorstösse führten zu politischen Diskussionen, die aber nichts an der vom EMD kontrollierten Praxis des Bundesrates änderten. Amnesty International lancierte 1988 eine Petition. Ihr Erfolg führte zu einer parlamentarischen Inspektion. Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats äusserte deutliche Kritik an der bundesrätlichen Waffenausfuhrpolitik. Scham, Wut und Empörung im ganzen Volk löste schliesslich die Golfkrise und der nachfolgende Krieg aus.

### **Skandalöses Geschäft mit dem Tod**

Die Schweiz hat jahrelang den Mittleren Osten mitaufgerüstet. Viel zu spät verhängte der Bundesrat das Waffenembargo über die Region, über die Türkei gar erst nach dem Kriegseintritt der Verbündeten. Dies zeigte einmal mehr, dass nur ein konsequentes Waffenausfuhrverbot eine glaubwürdige Position sein kann. Die SP-Fraktion reichte der Januar-Session 1991 eine entsprechende Parlamentarische Initiative ein.

Gleichzeitig begannen die SP Schweiz, die ARW, kirchliche Kreise sowie welsche GSoA-Gruppen vorerst unabhängig voneinander, eine neue Volksinitiative vorzubereiten.

Seit März dieses Jahres liegt sie vor. Das Geschäft mit dem Tod, die Kriegsgewinnerei darf nicht länger andauern. Das Waffenausfuhrverbot ist die Grundlage für eine glaubwürdige Aussen- und Friedenspolitik.

Dazu gehört unverzichtbar auch die eigene Abrüstung. Deshalb die zweite Initiative für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik. Sie verlangt die Reduktion der Ausgaben für die Landesverteidigung in jährlichen 10-Prozent-Schritten auf mindestens die Hälfte. Die damit gewonnenen 3 Milliarden Franken sollen zu je mindestens einem Drittel für zusätzliche Friedenspolitik und soziale Sicherheit eingesetzt werden. Die Abrüstung in Europa wird im EMD beschaffungsseitig nicht zur Kenntnis genommen. Der Kauf des Kampffliegers F/A-18 ist für die bundesrätlichen Waffenkäufer bereits eine beschlossene Sache.

Im Hinblick auf dieses Geschäft und um die zu späte Kritik bei der Beschaffung des Panzers Leopard nicht zu wiederholen, haben sich schon vor der Armeestimmung friedenspolitische Kreise zusammengefunden

und die Opposition gegen den neuen Kampffjet diskutiert. In Erinnerung an die seit 1973 bestehende UNO-Resolution zur Abrüstung in 10-Prozent-Schritten verfolgten sie seither diese Idee weiter.

Schliesslich fand die 10-Prozent-Idee Eingang in die Diskussionen der SP Schweiz, die nach dem mit 41 Prozent Ja-Stimmen relativ guten Ergebnis ihrer Rüstungsreferendums-Initiative 1987 eine mehrheitsfähige Abrüstungspolitik formulieren wollte. Angesichts der Diskussionen um die Flugzeugbeschaffung und der unflexiblen, gegen eine effektive Abrüstung gerichtete Politik des EMD plante die SP eine entsprechende Volksinitiative. Seit 1989 lag zudem ein entsprechender Parteitagsauftrag vor.

### **Wettlauf für den Frieden**

Die Initiative ist auch eine klare Antwort auf die EMD- Pläne zur „Armee 95“. Sie strebt zwar eine bescheidene personelle Verminderung der Schweizer Armee an, geht hingegen im Bereich der Rüstungsbeschaffung deutlich in Richtung High-Tech-Grossmachtarmee im Taschenformat. Die Schweiz in einem Europa ohne West-Ost-Konflikt braucht aber keine überrüstete Armee.

Sie muss das vorhandene Geld nach den Jahren des zerstörerischen Rüstungswettlaufs in den Wettlauf für den Frieden investieren. Sie muss endlich eine aktive Friedenpolitik entwickeln, mithelfen beim Aufbau friedenserhaltender und konfliktvermeidender Strukturen weltweit und in Europa. Und sie muss aus ihrer sicherheitspolitisch komfortablen Binnenlage heraus Mittel gegen die ökonomischen und ökologischen Ursachen möglicher Konflikte bereitstellen.

Dazu ist die Abrüstungsinitiative ein ganz entscheidender Schritt.

Der öffentliche Dienst, 30.8.1991.

Öffentlicher Dienst, Der > Waffenausfuhr. Initiative. OeD, 1991-08-30